Vorsicht Wahl: Rechtspopulismus

Zur Bürgerschaftswahl in Hamburg





4/14

Zur aktuellen Ausgabe

punktum erscheint anlässlich der Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015 mit dieser Sonderausgabe. Es ist keine normale Ausgabe, die üblichen Rubriken fehlen. Und anders als in vorangegangenen Heften zu einer Wahl werden auch keine politischen Standpunkte der Parteien zu Jugendthemen beleuchtet oder jugendpolitische Wahlprüfsteine aufgestellt. Diese punktum-Ausgabe widmet sich – mit der Ausnahme von FAQs zur Bürgerschaftswahl – einzig dem Thema Rechtspopulismus.

Warum? Noch haben sich rechtspopulistische Strömungen – wie die Pegida (»Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«) in Dresden - nicht öffentlich in Hamburg breit gemacht. Laut der aktuellen Studie »Zusammenleben in Hamburg« (erstellt vom Projektbüro Angewandte Sozialforschung an der Uni Hamburg – im Auftrag der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration) begrüßen 94 Prozent der Bewohner es vielmehr, wenn in ihrem Stadtteil Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben. Zudem sind 90 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Deutsche und Zuwanderer in ihrem Stadtteil gut miteinander auskommen. »Die Umfrage zeigt deutlich«, so Senator Detlef Scheele, »dass Hamburg eine Stadt ist, in der Menschen aller Kulturen willkommen sind. Sie macht zugleich deutlich, an welchen Stellen wir gemeinsam noch etwas tun können, denn Rassismus und Vorbehalte sind nach wie vor in Teilen der Gesellschaft verankert.« Diese Sorge ist berechtigt. Denn laut einer anderen, bundesweit repräsentativen Umfrage in der Zeitschrift »Der Spiegel« fühlt sich die deutsche Bevölkerung »in Sachen Flüchtlingspolitik und Zuwanderung übergangen«: 65 Prozent sagen, »die Regierungsparteien der Großen Koalition gingen nicht ausreichend auf ihre Sorgen zu diesem Thema ein. Nur 28 Prozent sehen kein solches Defizit.« Das Potential für rechtspopulistische Strömungen, die für ein diffuses Unbehagen in der Bevölkerung die Sündenböcke Migranten und eine scheinbare Islamisierung der Gesellschaft anbieten, ist also vorhanden. Die sprunghaft angestiegene Zahl der Teilnehmer bei den Pegida-Demonstrationen in Dresden zeigt dies.

Ob auch in Hamburg vor der Bürgerschaftswahl 2015 noch ein solcher Funke rechtspopulistischer Proteste zünden könnte, ist offen. Die NPD unternahm Mitte Dezember 2014 den Versuch, aus Anlass geplanter Unterkünfte für Flüchtlinge in Bergedorf zu Protesten zu mobilisieren und scheiterte kläglich: Zu ihrer Demonstration kamen 19 Teilnehmer, die Gegenkundgebung verzeichnete rund 450. Ein bemerkenswerter Misserfolg für die NPD. Der rechtsextremen Partei misslingt in Hamburg, was in anderen Städten Deutschlands rechtspopulistische Strömungen schaffen. Offener Rechtsextremismus scheint in Hamburg nicht tauglich, um massenhaft Menschen zu mobilisieren. Ob dies einer im Auftreten gemäßigteren rechtspopulistischen Strömung oder Partei gelingen könnte, steht als Probe auf's Exempel noch aus.

Damit ein solches Unterfangen scheitert und auch die rechtspopulistischen Argumentationen der AfD keinen Erflog haben, ist Aufklärung über die Muster rechter Propaganda ein probates Mittel. punktum will mit diesem Heft dazu einen Beitrag leisten. Eine Reihe typisch rechtspopulistischer Agitationsfiguren haben die Autoren Mathias Birsens (mb) und Jürgen Garbers (jg) kritisch durchleuchtet. Ergänzend dazu stehen kurze Abhandlungen über Populismus in den Medien: Denn die Vereinfachung von politischen Zusammenhängen oder deren Dramatisierung, die nicht allein in der Boulevardpresse anzutreffen sind, zielen auf die Verdummung von Menschen, welche den Rechtspopulisten in die Hände spielt. (jg)

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers **Layout und Gestaltung:** Rebekka Posselt **Fotos:** (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).

V.i.S.d.P.: Benedikt Alder c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: (040) 31 79 61 14; Fax: (040) 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de.

Auflage: 3.000 Exemplare

punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Druck: Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Panier

Stichwort: Verteidigung des Abendlandes

Pegida: Find' ich gut



Hintergrund: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes, kurz Pegida, ist ein Demonstrationsbündnis in Dresden, das seit Oktober regelmäßig montagabends Protestkundgebungen durchführt. Gestartet mit 500 Personen

wuchs die Zahl der Demonstrationsteilnehmer im Dezember 2014 auf rund 15.000. In vielen Städten Deutschlands gibt es mittlerweile Ableger: Düsseldorf, Bochum, Bonn, München, Würzburg, Rostock, Kassel und auch in Ostfriesland. In

einem Positionspapier bekennt sich die Pegida u.a. »für die Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur« und »gegen das Zulassen von Parallelgesellschaften / Parallelgerichte in unserer Mitte, wie Sharia-Gerichte, Sharia-Polizei, Friedensrichter usw.« - Bernd Lucke (s.o.) ist der Vorsitzende der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD). Zu Bernd Lucke via Facebook: Klingt doch auf den ersten Blick recht moderat, was da Herr Lucke auf seiner Seite über Pegida gepostet hat. Er begrüßt die Friedlichkeit der Proteste und gibt sich besorgt, dass sich die Protestierenden von »den Politikern nicht verstanden fühlen«. Doch Halt. Das ist bereits eine rhetorisch auffällige Stelle. Der Politiker Lucke spricht von »den« Politikern, ist jedoch selber einer. Er ist seit Juli 2014 Abgeordneter im Europäischen Parlament für die AfD. Er macht sich aber gemein mit dem einfachen Mann, den die da oben, also undifferenziert alle Politiker, nicht mehr verstehen. Diese Ansprache ist eine typische Floskel aller Rechtspopulisten, die sich als Teil einer Bewegung von unten gerieren wollen. Weiterhin spricht Lucke von den »berechtigten Sorgen« vieler Menschen »über die Ausbreitung von radikalem islamistischen Gedankengut« und der damit verbundenen Infragestellung von »unserem Rechtsstaat«. Was erst zu hinterfragen wäre, beteuert Lucke indirekt als reales Faktum mit seiner Wertung »berechtigt« – und macht so aus der tatsächlich unbedeutenden Zahl radikaler Islamisten eine ernsthafte Bedrohung des Rechtsstaates in Deutschland. Indirekt ist diese Beteuerung, da Lucke sich nicht selbst über Gründe und Ausmaß der vermeintlichen Bedrohung auslässt, sondern an der Stelle, wo er argumentieren müsste, nur den Protestierenden Recht gibt und deren Sache »gut« heißt.

Wo hingegen der Faschist oder Rechtsextreme selbst ein Zerrbild vom politischen Islamismus zeichnen und sogleich gegen andere, diskreditierte Menschen hetzen würde, da macht sich der feinere Rechtspopulist nicht die Hände schmutziq. Er gibt sich als Advokat von Volkes Stimme aus und erkennt in ihr »einen Ansporn für alle Politiker, entschlossener als bislang zu handeln, wenn der politische Islamismus unseren Rechtsstaat herausfordert«. Wiederum eine indirekte Argumentationsfigur. Der feine Herr Lucke benennt weder Mittel noch Maß des eingeforderten politischen Eingreifens, ist sich aber sicher, dass »entschlossener« gehandelt werden müsste.

Dabei gibt es heute bereits klare Rechtsgrundlagen, die beispielsweise die Anwendung der Scharia eindeutig verbieten. Denn in den wenigen Fällen, wo scheinbar aus der Scharia gerechtfertigte »Ehrenmorde« in muslimischen Familien geschahen, nahm die Polizei die Strafverfolgung wegen Mord auf. Und es ist nicht erkennbar, dass die Justiz in Deutschland aufgrund soziokultureller Prägungen von Tätern ein Auge zudrücken würde. Wer da noch »entschlossener« handeln möchte, meint offenbar, ohne es zu benennen, etwas anderes - und macht so Tür und Tor für rechtsextreme Phantasien auf.

Professor Lucke aber, der einst in seiner Lehrtätigkeit für Makroökonomie an der Universität Hamburg das eigenständige Denken der Studierenden befördern sollte, macht sich nicht die Mühe, hier selber differenziert zu argumentieren.

Er protegiert im Facebook-Posting blind und unkritisch die Feindbilder der Pegida, die den politischen Islam zur Bedrohung des ganzen Abendlandes aufblasen.

Wie groß im Übrigen diese drohende Gefahr in Deutschland sei, wird nicht verraten. Nur die Wortwahl zeigt den Alarmismus, dem Lucke hier beispringt. »Zentrale abendländische Werte des Abendlandes« seien gefährdet, und es gelte, diese zu verteidigen. Man könnte darüber lachen über so viele Elefanten aus einer Mücke. Doch schon der Antisemitismus der Nazis funktionierte ohne Bedrohung eines sogenannten weltweiten Judentums. Daher ist der rechtspopulistische Alarmismus mit seinem Feindbild vom gefährlichen radikalen Islamismus politisch ernst zu nehmen: als noch verkappter Vorbote eines offen – in Wort und Tat - bekämpften Feindbildes.

Ein Letztes: Der »Untergang des Abendlandes« ist übrigens längst passé. Oswald Spengler, einer der konservativen Urväter von Untergangsszenarien einer vermeintlich heilen Welt, meinte diesen bereits gegen Ende des ersten Weltkrieges erlebt zu haben, dargelegt in seiner gleichnamigen Buchpublikation von 1918. Wobei die noch größeren Katastrophen des Nazi-Deutschlands, des Völkermordes und des zweiten Weltkrieges erst noch folgen sollten. Wer mit Untergangsszenarien hantiert, dem sei also Vorsicht geraten. Der fröhliche Urstand des alten Kampfbegriffes »Abendland« jedoch bei Pegida und Lucke (vor allem in dessen mitgedachter Entgegensetzung zum Morgenland der islamischen Welt) lässt aktuell schaudern. Die Verfassungen der demokratischen Länder Europas stehen in einer, wie auch immer national gebrochenen, Linie zu den Idealen der französischen Revolution von 1789: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Wer inmitten demokratisch verfasster Gesellschaften vom Abendland schwafelt, meint und will offenbar etwas anderes. Das von Lucke und Pegida wiederbelebte Bild beschwört die religiöse Entgegensetzung von Christentum versus Islam wieder herauf. Und in Opposition zu ihrem Feindbild einer islamischen Welt steht zu befürchten, dass diese gerade eben noch rechtspopulistischen Kräfte sich wappnen, einmal mit antidemokratischen Vorstellungen ernst zu machen.

Weiterdenken & Weiterfragen: Der Philosoph Ernst Bloch formulierte 1935, rückblickend auf den Aufstieg der Nazis in der Weimarer Republik, das unbequeme Paradigma: »Die Nazis stellen die richtigen Fragen, geben aber die falschen Antworten.« - Diesen Satz auf die Pegida und vergleichbare Organisationen bezogen, wäre zu fragen, welche und wessen Sorgen sie artikulieren. Was ist schief an der Aussage von Lutz Bachmann, dem Organisator der Pegida-Demonstrationen in Dresden, der auf die »Heime mit Vollversorgung« für Flüchtlinge schimpft, während sich die deutschen Alten »manchmal noch nicht mal ein Stück Stollen leisten können zu Weihnachten«? Gibt es Altersarmut in Deutschland? Und wenn ja, worin gründen die gesellschaftlichen Ursachen? Oder essen etwa die Flüchtlinge den »deutschen Alten« die Stollen weg? (jg)

Quellen: Den Eintrag zur Pegida auf www.facebook.com/ BerndLuckeMdEP?fref=ts hat Bernd Lucke oder sein Team inzwischen kommentarlos gelöscht. Der im Screenshot dokumentierte Aufruf erfolgte am 10.12.14.

Ernst Bloch, Erbschaft dieser Zeit; zuerst veröffentlicht in Zürich 1935; erweiterte Ausgabe, Frankfurt a. M. 1962 Stichwort: Populismus in den Medien (1)

Komplexitäts reduktion

So funktioniert's: Gerade wenn es schnell gehen muss - wie bei dieser Eilmeldung der Bild-App wird erstmal nur in einem möglichst einfachen, kurzen und prägnanten Satz wiedergegeben, was scheinbar passiert ist: »Atomunfall im Südosten der Ukraine«. Weitere Details gibt es erstmal nicht. Schnell werden Erinnerungen an die Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima wach. Das passierte wirklich: Wie sich später herausstellte, handelte es sich bei dem »Atomunfall« nicht um einen GAU wie in Fukushima oder Tschernobyl - sondern nur um einen Kurzschluss in einem der vier Blöcke des Atomkraftwerks bei Saporoschje in der Ukraine, der daraufhin abgeschaltet wurde und bald wieder ans Netz gehen soll. Anfänglich sprachen allerdings zahlreiche deutsche Medien von einem »Atomunfall« und weckten damit Erinnerungen an Tschernobyl und Fukushima.

Hintergrund: Gerade beim Format Eilmeldungen soll es schnell gehen; die Online-Redaktionen von Nachrichtenseiten hetzen um die schnellste Meldung. Dabei fällt die journalistische Sorgfaltspflicht schnell hinten runter. Bevor die Sachlage geklärt ist, posaunt BILD BREAKING NEWS die Katastrophe Atomunfall in die Welt. Häufig wird erst nur eine Headline veröffentlicht und der Rest später nachgeliefert. In diesem Fall stellte sich die Überschrift jedoch schnell als unhaltbare Übertreibung heraus. Ein Kurzschluß ohne ernsthafte



Folgen wäre vermutlich keiner deutschen Zeitung eine Eilmeldung wert gewesen.

Konsequenz: Es lohnt, genauer hinzuschauen und weder der ersten, noch der einfachsten Version der Ereignisse zu glauben. Gerade bei Unfällen oder Unglücken ist der anfängliche Informationsstand nicht immer richtig. Und Online-Redaktionen erliegen schnell ihrem schnellen Medium und dem Konkurrenzdruck, als erste »die Meldung« gebracht zu haben. Da stören unklare oder komplizierte Sachlagen nur und werden auf eingängige Schlagworte, die Aufmacher erprobt sind, reduziert. Diese Komplexitätsreduktion ist eine populistische Strategie bei der journalistischen Jagd um den knalligsten Aufmacher. (mb)

Quelle: Eilmeldung der Bild-App »BUZZ« vom 3.12.14

Stichwort: Populismus in den Medien (2)

Emotionalisierung

So funktioniert's: Nachrichtliche Themen - wie hier das Kohlenmonoxid-Unglück mit drei Toten und mehreren Verletzten in Hamburg-Harburg - werden durch die Verwendung emotional aufgeladener Wörter dramatisiert, um so schneller die Aufmerksamkeit der Leser zu erregen. In diesem Fall sind das die Wörter »Baby« und »Giftqas-Opfer«.

Das passierte wirklich: Neutral betrachtet sind zwei Mehrfamilienhäuser in Hamburg-Harburg geräumt worden, weil die Feuerwehr in zwei Wohnungen drei tote Männer gefunden hatte, die wahrscheinlich in Folge eines Austritts des giftigen Gases Kohlenmonoxid gestorben waren. Zusätzlich wurden mehrere verletzte Menschen in ein Krankenhaus gebracht, darunter auch ein Kleinkind.

Hintergrund: Durch die Reizwörter »Baby«, »Giftgas« und »Opfer« weckt die Überschrift Emotionen der Leser, beispielsweise das Gefühl der Verantwortung und den Beschützerinstinkt gegenüber kleinen Kindern und Opfern. Das Wort »Giftgas« wird ansonsten eher im Zusammenhang



HAMBURG | UMLAND | SPORT | NEWS | AUSGEHEN

OOES-DRAMA IN HARBURG

Auch einjähriges Baby ist Giftgas-Opfer



mit chemischen Waffen gebraucht und weckt Assoziationen an Krieg oder Angriff. Beides soll Leser auf emotionaler Ebene adressieren. (mb)

Quelle: www.mopo.de/polizei/todes-drama-in-harburgauch-einjaehriges-baby-ist-giftgas-opfer,7730198, 29225398.html

Stichwort: Gutmenschen

»Gutmenschen sind Tugendterroristen.«

So wird argumentiert: Ob Lichterkette für den Frieden, Fahrradfahren für den Klimaschutz oder Veggie Day gegen Massentierhaltung - die Befürworter solcher Losungen werden zuweilen als Gutmenschen gescholten. Von Leuten, denen scheinbar aufdringliche Moralgebote zuwider sind. Sie geißeln die Gutmenschen als naive Weltverbesserer, welche die harte Realität der Gesellschaft ignorieren. So schreibt etwa ein Leser auf der rechtspopulistischen Seite pi-news in typischer Weise über die Gutmenschen: »Es ist die Angst, sich einzugestehen, dass ihre Vorstellung, wonach wir alle in einer kunterbunt friedlichen Welt leben, in der alle Menschen und Kulturen gleichwertig und liebenswert sind (wenn man nur selber nett genug ist), der Realität nicht standhält. Diese >Gutmenschen< haben schlicht und einfach Riesenschiss davor, sich mit dem Gedanken vertraut machen zu müssen, dass die Welt da draussen entgegen ihrer jahrelang gepflegten Halluzination voll von irren, brutalen Unmenschen ist, denen man - wenn überhaupt - nur mit geladener Waffe begegnen möchte.«

Kritik: Dass es in der Welt nicht zum Besten steht, Bürgerkriege grassieren, Armut in vielen Ländern vorherrscht und dreiste Ideologien an Boden gewinnen, steht außer Frage. Die Sorge darum treibt viele Menschen zum Protest oder zum Handeln an - manchmal mit unzureichenden Vorstellungen oder Mitteln. Wer diese aber pauschal als »Gutmenschen« diskreditiert, statt die Mühe der Kritik aufzubieten und das womöglich Unzureichende der opponierenden politischen Vorstellung argumentativ herauszuarbeiten, der macht es sich zu einfach. Mit dem Ausdruck Gutmensch greift der Rechtspopulist einerseits das ethische Ideal des guten Menschen in hämischer Weise auf, um Andersdenkende pauschal und ohne Beachtung ihrer Argumente in Verruf zu bringen und als naiv hinzustellen. Andererseits wähnt sich der Kritiker der Gutmenschen, wie in dem obigen Zitat, selbst in der wahren Erkenntnis der schlimmen Weltlage. Dabei trägt diese vermeintliche Kenntnis deutliche Züge einer – nach Freud - »Identifikation mit dem Angreifer«. Denn der Gutmenschen-Opponent möchte »in der Welt da draussen«, die »voll von irren, brutalen Unmenschen« sei, diesen »nur mit geladener Waffe begegnen.« Er macht sich damit selbst zum potentiellen Unmenschen. Seine Schwarz-Weiß-Interpretation der Weltlage scheint ihm nur den einen Ausweg zu weisen, indem er die supponierten Mittel der »irren, brutalen Unmenschen« selbst in die Hand nimmt. Also selbst zur Gewalt greift.

Weiterdenken: Wer Andere als Gutmenschen diffamiert, dem sind dessen humanistische Ideale verdächtig. Dass es mit ihrer Praxis, etwa mit den Menschenrechten in vielen Ländern, schlecht steht, spricht gegen unmenschliche Diktaturen sowie Ideologien und nicht gegen das Ideal. Die Schwierigkeit ist folgende: Wer Andere als naive Vertreter von humanistischen Idealen kritisiert. der sollte das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Also kritisch an Idealen festhalten, ohne deren unmittelbare Ohnmacht etwa unter Diktaturen zu verkennen. (jg)

Quelle: Kommentar von »toll toller tollerant« auf der Website Politically Incorrect: www.pi-news.net/2014/ 11/bayern-gewaltbereite-asylanten-in-grundschule/ #more-434085

»Zu viele Deutsche mit dem Rücken an der Wand: alt, arm, obdachlos, einfach ausrangiert, doch für Fremde wird frisch renoviert« Aus dem Song »Vereint euch« der Band »Villain051 & Wut aus Liebe«

Das ist die Argumentation: Flüchtlinge und Asylsuchende würden in Deutschland in gut ausgestatteten Heimen untergebracht, während für alte Menschen die Rente knapp würde und Deutsche auf der Straße leben müssten – so lässt sich die Argumentation der Rechtspopulisten der Bewegung »Hooligans gegen Salafisten« (HoGeSa) zusammenfassen, die Ende Oktober in Köln und im November in Hannover demonstrierte. Ähnliche Argumente benutzt auch Lutz Bachmann, der die Bewegung »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA) mit ins Leben gerufen hat, die seit Oktober in Dresden demonstriert.

So sieht's wirklich aus: Hamburgs Senator Detlef Scheele schrieb im September in einem Rundbrief, dass es aufgrund des wachsenden Flüchtlingsstroms nicht mehr möglich sei, eine »menschenwürdige Unterbringung« von Asylbewerbern zu gewährleisten. Vor allem die Aufnahmeeinrichtungen für minderjährige Flüchtlinge seien vollkommen überlastet. In der Erstaufnahmeeinrichtung an der Schnackenburgallee sind zurzeit so viele Flüchtlinge untergebracht, dass einige von ihnen in Zelten schlafen müssen. Und in einer Flüchtlingsunterkunft in Wilhelmsburg fehlt es sogar an Strom und Wasser. Auch die Behauptung, Flüchtlinge wollten nur vom deutschen Sozialsystem profitieren, hat eine Studie vor kurzem widerlegt (s. punktum S. 14).

Daraus folgt: Die Behauptung, »Fremden« würde es gut gehen, während Deutsche Not leiden, ist rechtspopulistische Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und Asylsuchende. Doch genau darum geht es Bewegungen wie HoGeSa oder PEGIDA. Sie bieten für die Unzufriedenheit sozial abgehängter Bürger eine Projektionsfläche mit einem Sündenbock. Statt eine differenzierte Gesellschaftskritik zu leisten, wird mit Schuldzuweisungen gearbeitet. Nach dem Motto »Die haben, was Euch fehlt« schüren HoGeSa und co. gezielt Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie. Wie bei allen Sündenbocktheorien stört es ihren Erfindern wenig, dass die diskriminierte Gruppe weder Schuld hat am gesellschaftlichen Problem der Kinder- und Altersarmut noch realiter - wie die Salafisten - eine ernsthafte Bedrohung darstellt. Gerade einmal 5 Prozent der deutschen Bevölkerung sind Muslime, Salafisten machen weniger als 0,1 Prozent von ihnen aus; der Verfassungsschutz schätzt ihre Zahl auf 6.300 in ganz Deutschland.

Weiterdenken & Weiterfragen: Fraglos gibt es eine wachsende Kinder- und Altersarmut in Deutschland, während das Privatvermögen der Reichen weiter zunimmt. Wo liegen dafür die gesellschaftlichen Ursachen? Global betrachtet ist die Ungleichheit noch krasser: Nach jüngsten Berechnungen aus dem Jahr 2014 verfügen die reichsten 85 Menschen über so viel Reichtum wie die ärmere Hälfte der Erdbevölkerung zusammen: diese 85 reichsten Menschen besitzen ein Vermögen von 1 Billion Britische Pfund, was dem Vermögen der 3,5 Milliarden ärmsten Menschen entspricht. (mb)

Stichwort: Populismus in den Medien (3)

Dramatisierung

So funktioniert's: Durch das Foto des brennenden Flugzeugs und das rot hervorgehobene Wort »Todesangst« wird die Aufmerksamkeit des Lesers auf den Artikel gezogen, indem es ihn einerseits das Schlimmste vermuten lässt, anderseits aber durch das Wort »Todesangst« gleichzeitig offen lässt, wie die Situation nun ausgegangen ist. Zudem scheint ein prominenter Politiker im »Münte-Jet« um sein Leben gebangt zu haben. Adressiert wird so die Neugierde des Lesers: Wie ist der Schrecken ausgegangen?

Das passierte wirklich: Ein Flugzeug mit dem damaligen SPD-Chef Franz Müntefering und weiteren Fluggästen an Bord musste 2009 auf dem Stuttgarter Flughafen auf dem Rumpf notlanden, weil sich das Fahrwerk wegen Plastikteilen in der Hydraulik nicht ausfahren ließ. Dabei wurden drei Menschen leicht verletzt und es gab einen Funkenschweif beim Aufsetzen der Maschine.

Daraus folgt: Die MOPO hat sowohl bei der Auswahl des Fotos als auch bei der Überschrift ganz schön dramatisiert. Das Foto von der Landung sieht aus, als ob das Flugzeug brennen würde, obwohl nur Funken flogen. Weiterhin legt die Überschrift nahe, dass die Passagiere sich tatsächlich in Lebensgefahr befanden. Und schließlich suggeriert das Wort »Münte-Jet«, dass es sich bei dem Flugzeug um eine Maschine speziell für Franz Müntefering handelte, obwohl es nur ein Linienflugzeug war. (mb)



Quelle: Präsentation der Jugendpresse Deutschland, Titelseite auf Flickr unter: www.flickr.com/photos/berntdihm-seine-bilder/3923973404

Anzeige -

Der Spaß am Job, ein perfekter Arbeitsablauf und ein gelungenes Produkt sind für uns Motivation genug, jeden Tag kompetent und engagiert Ihre Aufträge umzusetzen.



Nehr Offsetdruck Media

Antonie-Möbis-Weg 3 · 22523 Hamburg Telefon 040 / 57 19 73-0 · Telefax 040 / 571 09 62 Stichwort: Islamisierung Deutschlands

»Wir sehen eine zunehmende Islamisierung mancher Stadtteile oder Gegenden Deutschlands mit Sorge und fordern Respekt vor der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den christlichen Wurzeln unseres Landes.«

(Aus dem Programm der AfD-Jugendorganisation »Junge Alterative«; www.jungealternative.com/info/programmatik)

So wird argumentiert: Die in Deutschland lebenden Muslime, die durch ihre höhere Geburtenrate und die Zuwanderung aus muslimischen Ländern immer mehr würden, wollten sich – nach Argumentation von Rechtspopulisten – nicht integrieren, sondern Deutschland islamisieren. Sie würden sich abschotten und an einem undemokratischen und mittelalterlichen Wertesystem in Gestalt des Islams festhalten. Sie nähmen ganze Viertel in Besitz, in denen nur noch verschleierte Frauen zu sehen seien und verdrängten so westliche Werte und Kultur. Einige Rechtspopulisten prophezeien sogar, dass in absehbarer Zeit mehr Muslime als Menschen anderen Glaubens in Deutschland leben.

So sieht's wirklich aus: Laut einer Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge leben rund vier Millionen Muslime in Deutschland. Das sind etwa fünf Prozent der Bevölkerung. Und die schotten sich nicht ab, sondern engagieren sich sogar zivilgesellschaftlich: Mehr als die Hälfte der Muslime über 16 Jahren engagiert sich in einem deutschen Verein, so die Studie. Nur ein geringer Anteil von sieben Prozent der muslimischen Mädchen weigert sich am gemischtgeschlechtlichen Sport- und Schwimmunterricht teilzunehmen.

Das Demographie-Argument ist nach Einschätzung des Politologen Stefan Luft nicht stichhaltig: »Die Geburtenraten der Zuwanderer etwa aus der Türkei sind zwar überdurchschnittlich hoch, gleichen sich aber zunehmend an«, sagte der Wissenschaftler der Universität Bremen dem Focus.

Daraus folgt: Die Angst vor einer Islamisierung Deutschlands ist unbegründet. Rechtspopulisten nutzen die Verunsicherung vieler Menschen, um Islamophobie zu verbreiten und Stimmung gegen »Ausländer« zu machen.

Weiterdenken & Weiterfragen: Jeder zweite Deutsche empfindet den Islam laut einer Umfrage als Bedrohung, obwohl nur ein Bruchteil der Deutschen Muslime sind und ein noch viel kleinerer Bruchteil radikal gesinnt ist. Woher kommen diese Angst vor dem Islam und die Befürchtung, dass er die westliche Kultur verdrängt? Inwiefern befeuern die Medien diese Angst mit ihrer Berichterstattung über den Islamischen Staat und islamischen Terror? (mb)

Weiterlesen: Die Zusammenfassung der Studie zu muslimischem Leben in Deutschland gibt es unter: bit. ly/1yeH8jM, die ganze Studie unter: bit.ly/1yjqUof.

Stichwort: Pseudotabus

»Das wird man ja wohl noch sagen dürfen! – BILD kämpft für Meinungsfreiheit.«

Wann publiziert: Die Headline der Bild-Zeitung vom 4.9.2010. Es folgten auf der Titelseite einige »unbequeme Aussagen« wie »Ich will mich nicht dafür entschuldigen müssen, ein Deutscher zu sein« oder »Wer arbeitet, darf nicht der Dumme sein«. Wer derartiges in Deutschland sage, werde »niedergemacht, ausgebuht, abgesägt!« Mit diesem Aufmacher schlug BILD die Brücke zur Debatte um das Buch von Thilo Sarrazin »Deutschland schafft sich ab – Wie wir unser Land aufs Spiel setzen« und kommentierte: »Wir wollen keine Sprechverbote«.

Hintergrund: Den Aufmacher positionierte BILD auf dem Höhepunkt der medialen Aufregung um die Thesen Sarrazins (SPD), der die »Abschaffung«

Deutschlands als Folge demographisch und sozial gegenläufiger Tendenzen ausgemacht hatte: Der Geburtenrückgang, eine wachsende Unterschicht sowie die Zuwanderung aus überwiegend muslimisch geprägten Ländern würden die »kontinuierliche Abnahme des quantitativen Potentials an wissenschaftlich-technischer Intelligenz« bedingen und seien »Zeichen des Verfalls« der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

»Durfte« man das nicht sagen? Der BILD-Aufmacher war keineswegs ein Tabubruch. Schon vor der Buchpublikation Sarrazins hatten BILD und Der Spiegel in einer offenbar gemeinsamen Kampagne Teile des Buches vorab publiziert. Die Meinungsfreiheit war also nicht in Gefahr. Nirgends wurde nach Zensur gerufen. Allerdings erhielten die Thesen Sarrazins fundamentale Kritik (nachzulesen z.B. im Wikipedia-Eintrag

zum Buchtitel: http://de.wikipedia.org/wiki/ Deutschland schafft sich ab).

Pseudo-»Tabus« und ihre unredlichen Brecher: Scheinbare Tabus zu errichten und diese sogleich selbst - im Sinne einer unterdrückten Meinungsfreiheit - zu durchbrechen, ist eine typische Masche rechtspopulistischer Meinungsmacher. Sie behaupten, »Klartext« zu reden und eine »unterdrückte Wahrheit« auszusprechen, wohingegen das politische Establishment allein um den heißen Brei herum reden würde. Sie unterstellen also Sprechverbote im Sinne einer Political Correctness: Die herrschende Politik und Mainstreammedien würden auf geradezu verschwörerische Weise »Tabus« errichten, indem sie dem normalen Bürger verböten, das zu sagen, »was wirklich Sache ist«. Diesen Popanz rhetorisch vorausgeschickt, inszeniert sich der Rechtspopulist, oder wie im zitierten Fall die BILD-Zeitung, als Tabubrecher: Stellvertretend für 🖣 die zum Schweigen verdammte Mehrheit sprechen sie »unbequeme Sachen« offen an, die durch diese rhetorische Figur im Licht einer unterdrückten Wahrheit erscheinen.

Der Mechanismus: »Zunächst wird die eigene politische Position zum Tabu stilisiert. So kann die... kollektive Ablehnung von Tabus aktiviert werden. Dies ermöglicht, etwaige Kritik der eigenen Position zu diskreditieren, indem diese als bloße Verteidigung des vorgeblichen Tabus beschrieben wird. Als solche kann sie, ungeachtet ihres Inhalts, als Angriff auf Pluralismus und Meinungsfreiheit umgedeutet werden. Der Pseudotabubrecher selbst inszeniert sich demgegenüber als intellektuell redlicher Querdenker und mutiger Verteidiger dieser demokratischen Werte... Zweitens zieht ein inszenierter Tabubruch meist ein hohes Maß an Publizität nach sich.... Drittens kann die inhaltliche Position des

Pseudotabubrechers immunisiert werden, indem jegliche Kritik seiner Position in eine Verteidigung des konstruierten Tabus umgemünzt wird.« (s. Hensel u.a., S. 243)

Konklusion: Der »Kampf für Meinungsfreiheit« ist im Fall der BILD-Zeitung unredlich. Denn die Selbstinszenierung als »Tabubrecher« diskreditiert die Gegenposition bereits als ausgemachte Unwahrheit. Eine Kritik am Tabubrecher erscheint in dieser perfiden Logik als unmöglich und wird damit mundtot gemacht. Ein Eintreten für die Meinungsfreiheit sieht anders aus.

Weiterdenken & Weiterfragen: Ob durchinszenierte Parteitage oder mediengerecht aufbereitete Gipfeltreffen von Staatenlenkern in Strandkörben an der mecklenburgischen Ostseeküste: Politik folgt im Medienzeitalter zunehmend der Logik ihrer eigenen Theatralisierung. Das inszenierte Bild wird zur eigentlichen Botschaft. Bereitet eine Politik der totalen Inszenierung damit dem rechten Populismus einen fruchtbaren Boden? (jg)

Quellen: Alexander Hensel, Daniela Kallinich, Katharina Rahlf (Hg.): Parteien, Demokratie und gesellschaftliche Kritik, Stuttgart 2010

Robert Misik, Rechtspopulismus und Medien - eine nicht immer widerwillige Symbiose, www.boell.de/de/ demokratie/parteiendemokratie-rechtspopulismusmedien-15225.html

Stichwort: Hartz-IV-Zuwanderer

»Die kommen doch nur, um unsere Sozialkassen auszuplündern. Deutschland ist die soziale Hängematte Europas. Die Zuwanderung muss gestoppt werden.«

Die Argumentation: 6,6 Millionen Menschen ohne deutschen Pass leben in Deutschland. Rechtspopulisten – mitunter auch solche in den Volksparteien – wettern gegen eine zunehmende Zuwanderung in die Sozialsysteme Deutschlands. Schuld habe die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU. Verschärft sei die Situation seit Anfang 2014, als es auch Bürgern der jüngeren EU-Länder wie Bulgarien und Rumänien möglich wurde, in Deutschland nach Arbeit zu suchen. Doch statt zu arbeiten, würden die Zuwanderer in die deutschen Sozialsysteme einwandern.

Richtig ist vielmehr: Die Zuwanderer ohne deutschen Pass entlasten die Sozialsysteme und erwirtschaften dem Staat ein Plus in Milliardenhöhe. Tendenz steigend. Dies zeigt eine neue Studie der Bertelsmann Stiftung (Quelle s.u.): »Die rund 6,6 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft zahlten [im Jahr 2012] insgesamt über 22 Mrd. Euro mehr an den Staat, als sie in Form von individuellen Transfers - hierzu zählen die Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen, der sozialen Existenzsicherung und die öffentlich finanzierte Bildung - zurückerhielten. Dies entspricht einem laufenden Überschuss von 3.300 Euro je Ausländer.« (S. 51) Das Plus pro Kopf sei zudem in den vergangenen zehn Jahren um mehr als die Hälfte gestiegen. Im Durchschnitt überweise ieder in Deutschland lebende Mensch ohne

deutschen Pass in seinem Leben 22.300 Euro mehr an den Staat, als er im Gegenzug an Sozialtransfers erhalte. Folglich habe der Sozialstaat von dieser Bevölkerungsgruppe insgesamt in einer Höhe von 147,9 Milliarden Euro an Einnahmen profitiert.

Diese von der Bertelsmann Stiftung veranschlagte »Nutzenrechnung« der Zuwanderung ist zudem noch eingeschränkt, da von ihr nur Menschen ohne deutschen Pass erfasst wurden. Nähme man Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit hinzu »würde der fiskalische Nutzen mit großer Wahrscheinlichkeit noch höher ausfallen, da dieser Personenkreis im Durchschnitt ökonomisch erfolgreicher ist als die Gruppe der Ausländer«. (S. 7)

Hintergrund: »Wie ein Vergleich etwa mit Frankreich oder den Niederlanden zeigt, ist der aktuell hohe Beschäftigungsstand in Deutschland einer der Gründe, warum die Steuer-Transfer-Bilanz der hierzulande lebenden Ausländer trotz ihrer oft geringen Qualifikation und der daraus resultierenden Nachteile am Arbeitsmarkt günstig ausfällt. Ein weiterer Vorteil Deutschlands ist die relativ lange Aufenthaltsdauer der durch den Gastarbeiterzuzug geprägten ausländischen Wohnbevölkerung, sodass die Integration hier weiter fortgeschritten ist.« (S. 52)

Forderungen: Die Bertelsmann Stiftung setzt sich - angesichts der Ergebnisse der Studie - dafür ein, die Migrationspolitik stärker auf die Qualifikationen der Migranten und die daraus resultierenden Chancen zu orientieren. Dies heiße aber nicht, wie so oft gefordert, nur ein Werben um so genannt gut ausgebildete Zuwanderer, sondern auch weniger Einschränkungen für Asylbewerber: »Dieser neue, primär an Potenzialen und Chancen ausgerichtete Blick auf Migranten schließt auch jenen Personenkreis mit ein, den wir bisher nur aus humanitären Motiven in Deutschland aufgenommen haben: die Flüchtlinge. In diesen Menschen schlummern ebenfalls bislang ungenutzte Potenziale, von denen wir langfristig profitieren können. So sinnvoll es ist, die Asylpolitik humanitär auszurichten, so unsinnig ist es, den hier lebenden Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt und damit zu einem selbstbestimmten, produktiven Dasein so zu erschweren, wie Deutschland es lange Zeit getan hat.« (S. 5) **Konklusion:** Die rechtspopulistische These von

der »sozialen Hängematte« ist Nonsens. Deutschland »profitiert« in der Gesamtschau von der Zuwanderung. Und könnte, wenn unsinnige Beschränkungen wegfielen, dies noch viel mehr tun. Weiterdenken & Weiterfragen: Die Studie der Bertelsmann Stiftung macht eine Kosten-Nutzen-Rechnung zur Zuwanderung auf. Der Befund ist wirtschaftlich positiv. Die Ökonomie und auch die Sozialkassen profitieren von der Zuwanderung. Jedoch: Was wäre, wenn der ökonomische Befund negativ wäre? Wäre dann das humane Argument pro Asyl und pro Zuwanderung nichtig? Oder gelten humane Erwägungen nur, solange sie sich ökonomisch rechnen? (jg)

Quelle: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt, Gütersloh 2014

Stichwort: Salafisten

»Wenn jemand verheiratet ist und Unzucht begeht, der muss gesteinigt werden. Das sind Allahs Gesetze.«

(Der salafistische Prediger Ibrahim Abou-Nagie in einem Internetvideo – vgl. www.spiegel.de/politik/deutschland/ ibrahim-abou-nagie-organisiert-die-verteilung-des-koran-in-deutschland-a-827367.html)

So wird argumentiert: Die geistige Rückbesinnung auf die »Altvorderen« (arab. as-Salaf al-Salih, vom arabischen Wort »as-Salaf«: der Vorfahre, der Vorgänger) ist der religiöse Ausgangspunkt. Die Salafisten argumentieren, dass der Islam sich

heutzutage zu weit von seinen Ursprüngen entfernt habe, und daher wollen sie wieder leben wie die ersten drei Generationen der Muslime nach dem Tode des Propheten Mohammed. Aus diesem Grund lehnen sie alles, was es zur Zeit des Propheten noch nicht gab, als »unerlaubte Neuerung« ab und orientieren sich bei ihrer Kleidung und dem

Bartwuchs am Vorbild des Propheten. Als Gesetz erkennen sie nur die Scharia an – also Regeln und Vorschriften, die sich aus dem Koran und der Sunna, dem Leben des Propheten – ableiten lassen. Das schließt auch die Steinigung von Frauen ein, die Ehebruch begangen haben sollen. Nach Beobachtungen des Verfassungsschutzes streben Salafisten letztlich die Errichtung eines »Gottesstaates« an. Hintergrund: Die salafistische Strömung des Islams entstand erst im 19. Jahrhundert – mit Vorläufern im 15. Jahrhundert. Ursprünglich handelte es sich dabei um eine moderne Strömung, die versuchte, die neuen Entwicklungen aus dem Westen aufzunehmen und gleichzeitig die Wurzeln des Islams beizubehalten. Unter dem Einfluss des Wahhabismus aus Saudi-Arabien wandelte er sich jedoch zunehmend zu einer reaktionären Strömung, die zum Teil auch nicht vor Gewalt zurückschreckt, um ihre altertümlichen Vorstellungen einer religiösen Ordnung der Gesellschaft durchzusetzen. Doch: »Nicht alle Salafisten sind Terroristen, aber alle Terroristen mit islamischem Hintergrund waren zumindest zu einem Zeitpunkt salafistisch orientiert«, sagte der Pressesprecher des Innenministeriums, Jens Teschke, der Deutschen Welle. Das ist daran gefährlich: Durch seine vereinfachte Einteilung der Welt in schwarz und weiß - haram (verboten) und halal (erlaubt), Muslime (Gläubige) und Kuffar (Ungläubige) – ziehen die Salafisten viele junge Menschen an, die den Eindruck haben, sich in der komplizierten modernen Welt nicht mehr zurechtzufinden, in der sich nicht alles in »Gut« und »Böse« einteilen lässt. Viele salafistische Prediger – wie etwa der deutsche Konvertit Pierre Vogel – haben nie eine theologische Ausbildung erhalten und wissen womöglich gar nicht um die komplexen und kontroversen Diskussionen unter islamischen Rechtsgelehrten.

Stattdessen präsentieren die Salafisten meist einfache Antworten auf komplexe Sachverhalte. »Sie verstehen es, den Islam in eine populäre Form zu gießen«, so der Osnabrücker Islamwissenschaftler Prof. Rauf Ceylan. Damit spielen die friedlichen auch den gewaltbereiten Salafisten und Dschihadisten in die Hände: Die ultrakonservative Auslegung des Islams fungiert zunehmend als Ideologie, mit der radikalisierte junge Menschen ihr Eintreten für den Dschihad rechtfertigen. Einer von ihnen, Erhan A., beschrieb gegenüber der Süddeutschen Zeitung sehr eindringlich seine Hinwendung zum radikalisierten Islam. Das lesenswerte Interview findet sich unter: sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/42259/ Ich-glaub-das-steht-irgendwo-im-Koran

Weiterdenken & Weiterfragen: Religiöser Fundamentalismus ist nicht allein im Islam als zunehmende Strömung zu beobachten. Die religiöse Rechte in den USA bildet ein Pendant. Die Ablehnung von Aufklärung, Evolutionstheorie und Moderne ist auch ihr wesentlich. So sieht etwa der evangelikale Christ Tim LaHaye in Darwins Theorie den Grund für die »Zerstörung des moralischen Fundaments« der Vereinigten Staaten und macht den säkularen Humanismus für Drogen, Sex, Gewalt und Hemmungslosigkeit an Schulen verantwortlich. Sind die Widersprüche der Moderne der Grund für den Griff in die religiöse Mottenkiste? (mb) Weiterschauen: »Forum am Freitag« von zdf.info mit Prof. Rauf Ceylan zum Thema »Salafismus und populistischer Islam« auf YouTube unter: http:// youtu.be/dfXIm4H4SKq

Quellen: www.dw.de/salafisten-im-visier-der-ermittler/a-16675985 | www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/ af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/was-istislamismus/salafistische-bestrebungen

FAQs zur Bürgerschaftwahl

Die wichtigsten Fragen & Antworten

Was wird gewählt?

Die Hamburgische Bürgerschaft. Der Name Bürgerschaft ist in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg die Bezeichnung für das Landesparlament, auch Landtag in anderen Bundesländern oder Abgeordnetenhaus wie in Berlin genannt.

Die Bürgerschaft ist das oberste Vertretungs- und Entscheidungsgremium der Freien und Hansestadt Hamburg, das direkt von den Bürgern/innen gewählt wird. Die wichtigsten Funktionen der Hamburgischen Bürgerschaft sind neben der Gesetzgebung und dem Etatrecht die Kontrolle des Senats und die Wahl des Ersten Bürgermeisters als Hamburger Regierungschef. Die Bürgerschaft kann solche Gesetze beschließen, die für das gesamte Stadtgebiet Hamburgs gelten und nicht in die Hoheit des Deutschen Bundestags fallen, der Gesetze mit bundesweiter Geltung verabschiedet. (siehe zum Föderalismus in Deutschland: www.bpb. de/izpb/159329/foederalismus-in-deutschland)

Wie setzt sich die gegenwärtige Bürgerschaft zusammen?

Die Hamburgische Bürgerschaft besteht in der Regel aus 121 gewählten Abgeordneten (was sich durch Überhangmandate nach der Wahl noch erhöhen kann; siehe dazu: de.wikipedia.org/wiki/Überhangmandat). Die gewählten Abgeordneten schließen sich zu Fraktionen (in der Regel nach Parteizugehörigkeit) zusammen, um gemeinsam politische Interessen und Ziele im Parlament zu verfolgen.

In der ablaufenden Legislaturperiode verfügt die SPD-Fraktion mit 62 Sitzen über die absolute Mehrheit. Die Oppositionsfraktionen sind wie folgt vertreten: Bündnis 90/Die Grünen 14 Sitze, CDU 27 Sitze, FDP 9 Sitze und Die Linke 8 Sitze; ein Abgeordneter ist fraktionslos.

Wer darf wählen?

Wahlberechtigt sind alle Hamburger/innen, die am Wahltag mindestens 16 Jahre alt sind, seit mindestens drei Monaten in Hamburg wohnen und die deutsche Staatsangehörigkeit haben. (Es gibt aber nach § 7 des Bürgerschaftswahlgesetzes auch die Möglichkeit eines Ausschlusses vom Wahlrecht. Das sind beispielsweise Menschen, die entmündigt wurden oder infolge eines Richterspruchs das Wahlrecht nicht mehr besitzen.)

Was ist neu?

Jetzt frei ab 16 Jahren! Bereits bei der Wahl der Bezirksversammlungen im Mai 2014 profitierten 16-Jährige von der Herabsenkung des Wahlalters. Erstmalig können nun 16- und 17-Jährige auch die Bürgerschaft am 15. Februar 2015 mitwählen.

Weiterhin ist neu, dass die Hamburgische Bürgerschaft erstmals für **fünf Jahre** gewählt wird. Zuvor dauerten die Legislaturperioden vier Jahre.

Wann wird gewählt?

Am Sonntag, den 15. Februar 2015. Die Wahllokale

Seit über 20 Jahren

Partner des LJR Hamburg

ABTEILUNG BEREICHE JUGEND, BILDUNG, KULTUR UND FREIZEIT

Mühlweg 2b · D-82054 Sauerlach · Telefon +49 (0) 8104 / 89 16-0 · Telefax +49 (0) 8104 / 89 17-35 · jugend@bernhard-assekuranz.com · www.bernhard-asse



haben voraussichtlich von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Danach werden die Stimmen ausgezählt. Das amtliche Endergebnis der Wahl dürfte – aufgrund der Hamburger Besonderheit von jeweils 10 Stimmen pro Wähler/ in und dem damit verbundenen Auszählungsaufwand - erst am nachfolgenden Tag feststehen. Hochrechnungen zum Wahlausgang werden in den Medien bereits am Wahlabend publiziert.

Wie erfahre ich von meiner Wahlberechtigung?

Wer wahlberechtigt ist, erhält rechtzeitig vor der Wahl vom Landeswahlleiter eine Wahlbenachrichtigung per Post zugesendet. Der Brief enthält wichtige Hinweise zur Wahl und die Wahlbenachrichtigungskarte. Diese Karte ist aufzubewahren und am Wahltag ins Wahllokal mitzunehmen. Sie dient als Ausweis Deiner Wahlberechtigung vor Ort und reicht in der Regel als einziges Dokument. Jedoch liegt es im Ermessen des/ der Wahlhelfer/in, ob er/sie sich zusätzlich auch den Personalausweis zeigen lässt. Gut ist es daher, den Personalausweis am Wahltag für den Fall der Fälle mitzunehmen.

Wenn Du die Wahlbenachrichtigungskarte verlegt hast, kannst Du trotzdem in dem Dir zugewiesenen Wahllokal wählen gehen. Der Personalausweis reicht zur Überprüfung Deiner Identität.

Übrigens: Auf der Wahlbenachrichtigungskarte stehen unter anderem das Wahldatum, »Dein« Wahllokal und dessen Anschrift sowie die Öffnungszeit.

Was tun, wenn ich am Wahltag keine Zeit habe oder verreist bin?

Oder wenn Du keine Lust hast, ins Wahllokal zu gehen? Dann kannst Du die Option der Briefwahl nutzen. Die Briefwahl ist jedoch extra zu beantragen. Der Briefwahlantrag liegt der Wahlbenachrichtigung bei, die Du Wochen vor der Wahl per Post erhältst. Du kannst die Wahlunterlagen auch online anfordern, alle Infos findest Du hier: www.hamburg.de/briefwahl

Die ausgefüllten Briefwahlunterlagen müssen bis Sonntag, 15. Februar 2015, um 18 Uhr beim zuständigen Bezirksamt eingetroffen sein (innerhalb Deutschlands portofreie Rücksendung). Wenn Du spät dran bist, beantrage die Briefwahlunterlagen am besten direkt in Deiner Wahldienststelle und wähle gleich dort. Die für Dich zuständige Wahldienststelle findest Du hier: www.hamburg.de/behoerdenfinder/ hamburg/11356532

Wo wird gewählt?

Im Wahllokal. In Hamburg werden zur Bürgerschaftswahl ca. 1200 Wahllokale (Stand bei der Bundestagswahl 2013) geöffnet haben, viele teilen sich jedoch die gleiche Adresse. Auf der Wahlbenachrichtigungskarte, die Du vor der Wahl per Post erhältst, steht die Adresse »Deines« Wahllokals, in dem Du Deine Stimme abgeben kannst. Aber Du kannst auch wählen, wo Du willst, wenn Du von der Briefwahl Gebrauch machst.

Wie viele Stimmzettel bekomme ich?

Du erhältst im Wahllokal zwei Stimmzettel für die Bürgerschaftswahl: einen für die Landeslisten und einen für die Wahlkreislisten. Da viele Parteien, Wählervereinigungen und Kandidierende zur Wahl stehen, werden die Stimmzettel jeweils zu einem Stimmzettelheft gebunden. Über die Landesliste ziehen insgesamt 50 Abgeordnete in die Bürgerschaft ein, über die Wahlkreislisten 71. Der Stimmzettel für die Landesliste ist hamburgweit gleich, für die 17 Wahlkreise in Hamburg gibt es jeweils eigene Stimmzettel.

Zur Bedeutung der Stimmzettel: Mit dem Landeslisten-Stimmzettel wird über die Mehrheitsverhältnisse in der Hamburgischen Bürgerschaft entschieden. Hier bestimmen die Wähler/innen durch ihre Stimmabgabe, mit wie vielen Sitzen eine Partei oder Wählervereinigung in der Bürgerschaft vertreten sein wird. Mit dem Wahlkreislisten-Stimmzettel entscheiden die Wahlberechtigten allein darüber, welche Kandidaten/innen aus ihrem Hamburger Wahlkreis, in dem sie wohnen, in die Bürgerschaft einziehen werden. Folglich: Mit der Stimmabgabe auf der Wahlkreisliste nehmen die Wahlberechtigten keinen Einfluss auf die proportionale Sitzverteilung in der Bürgerschaft, dafür aber auf deren personelle Zusammensetzung.

Wie viele Stimmen habe ich bei der Wahl?

Mit insgesamt zehn Stimmen wählst Du die Bürgerschaft: fünf Stimmen für die Kandidierenden in Deinem Wahlkreis (Wahlkreislisten-Stimmzettel) und fünf Stimmen für die Kandidierenden oder Partei- resp. Wählervereinigungslisten auf dem Landeslisten-Stimmzettel.

Seit der Wahlrechtsreform von 2009 hat Hamburg ein stark personalisiertes Wahlrecht für die 121 Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft (und auch für die Bezirksversammlungen). Damit hast Du mehr Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Abgeordnetenhäuser. Denn Deine jeweils fünf Stimmen für die beiden Listen kannst Du gehäufelt (kumuliert) an eine/n Kandidierende/n resp. Liste oder verteilt (panaschiert) an mehrere Kandidierende vergeben. Diese Optionen hast Du:

• Auf dem Stimmzettel für die Wahlkreislisten kannst Du maximal fünf Stimmen beliebig wie folgt vergeben: a) mehrere Stimmen für einen Kandidaten anhäufeln (kumulieren); b) die fünf Stimmen an mehrere Kandidierende – sogar unterschiedlicher Parteien - verteilen (panaschieren); beide Verfahren sogar mixen (siehe Beispiel in der Grafik).

Anhäufeln

A-Partei			
Gesamtliste A-Partei		00000	
Ka	ndidatinnen und Kandidaten A-Partei		
1	Müller, Daniel, 1965, Geschäftsführer	00000	
2	Meier, Sabine, 1951, Gymnasiatehrerin	00000	
3	Schulze, Claudia, 1960, Rechtsanwältin	00000	
	B-Partei		
Gesamtliste B-Partei		00000	
Ka	ndidatinnen und Kandidaten B-Partei		
1	Akın, Fatma 1982, Professorin	00000	
2	Meyer, Peter 1973, Bauarbeiter	00000	
3	Schmidt, Petra 1969, Bildungsreferentin	88888	

Die Mandate des Wahlkreises erhalten die Kandidierenden in der Reihenfolge der für sie jeweils abgegebenen Stimmen.

• Auf dem Stimmzettel für die Landeslisten sind ebenfalls die von den Parteien und Wählervereinigungen eingereichten Wahlvorschläge mit den Kandidierenden abgedruckt. Die fünf Stimmen kannst Du auch hier nach Belieben verteilen oder anhäufeln. Drei Varianten sind möglich: Du kannst a) einem Kandidaten mehrere Stimmen geben, oder b) die Stimmen auf mehrere Kandidaten verteilen; alternativ ist c) möglich, indem Du die Stimmen an die Liste einer Partei oder Wählervereinigung selbst vergibst – und zwar ebenfalls mit Anhäufeln oder Verteilen.

Je nachdem, wie viele Stimmen für die Partei selbst und wie viele Stimmen für die einzelnen Kandidaten abgegeben wurden, ergibt sich einerseits, wie stark eine Partei oder Wählervereinigung in der Bürgerschaft vertreten sein wird, und andererseits, welche Kandidaten/innen über die Landesliste ins Parlament einziehen werden.

Verteilen

A-Partei			
Gesamtliste A-Partei	00000		
Kandidatinnen und Kandidaten A-Partei			
Müller, Daniel, 1965, Geschäftsführer	00000		
2 Meiler, Sathine, 1951, Gymnasiafichnerin	88000		
 Schulze, Claudia. 1960, Rechtsanwältin 	00000		
B-Partei			
Gesamtliste B-Partei	00000		
Kandidatinnen und Kandidaten B-Partei			
1 Alon, Fatma 1982, Professorin	80000		
2 Meyer, Peter 1973, Bauarbeiter	08800		
3 Schmidt, Petra	00000		

Schon mal Wahl-O-Mat geklebt?

Jetzt beim Landesjugendring Hamburg reservieren: der Wahl-O-Mat zum Aufkleben

Zur Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015 gibt's den Wahl-O-Mat jetzt doppelt: digital und analog. Beide starten drei Wochen vor der Wahl. Die digitale Variante, erstellt von einer Jugendredaktion in Hamburg, kann wie immer unter www.wahl-o-mat.de online aufgerufen und durchgeklickt werden.

Der Wahl-O-Mat zum Aufkleben ist so etwas wie die analoge Variante des digitalen Wahltools. Alle 38 Thesen zur Bürgerschaftswahl werden auf großen Leinwänden präsentiert. Die Nutzer/innen können gemeinsam die Thesen besprechen und ihre Zustimmung oder Ablehnung durch das Aufkleben grüner

oder roter Punkte zeigen. Diese Klebepunkte werden von einem Bogen abgezogen, den jede/r Nutzer/in erhält. Am Ende wird der Bogen in einen Scan-Automaten gesteckt, der ein individuelles Abstimmungsergebnis für jede/n Nutzer/in errechnet und ausspuckt: Der Ausdruck zeigt die prozentuale Übereinstimmung der eignen Voten mit den Antworten der Parteien.

Den Wahl-O-Maten zum Aufkleben könnt Ihr in Eurem Jugendverband, im Jugendclub oder in der Schule kostenfrei nutzen. Einfach beim Landesjugendring reservieren! Wir kommen mit einem Team und dem Wahl-O-Maten zu Euch.

